

Ein wirtschaftspolitischer Rahmen für die Digitalisierung der Schweizer Industrie

Position der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie

Überblick

- **Die Digitalisierung ist eine Chance, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu sichern sowie den Standort Schweiz weiter zu stärken.**
- **Unser Ziel ist, dass die Schweiz in Europa der beste Standort für Digitalisierung und «Industrie 4.0» ist, sowie weltweit zu den drei führenden Standorten¹ gehört.**
- **Dazu führen fünf politische Bausteine für eine erfolgreiche Industrie 4.0 in der Schweiz.**

Die laufende Digitalisierung von industriellen Produkten, Dienstleistungen und Prozessen wird die Schweizer Industrie und die Wirtschaft in den nächsten Jahren weiter verändern. Für die Unternehmen der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) ist die Digitalisierung in erster Linie eine grosse Chance, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit ihren wirtschaftlichen Erfolg auch in Zukunft zu sichern sowie den Standort Schweiz weiter zu stärken. Um dieses Potential zu realisieren, muss die Schweiz ein wirtschaftspolitisch herausragendes Umfeld für digitale Aktivitäten der Unternehmen bieten.

1 Ausgangslage

Bereits heute zählen viele Schweizer Industriebetriebe zu den führenden Anbietern von Lösungen und Prozessen, welche zur «Industrie 4.0» oder verwandten Bereichen gezählt werden. Das Fundament dieses Erfolges bilden:

- Die hochqualifizierten Fach- und Führungskräfte aus dem In- und Ausland,
- die forschungsintensiven und weltweit führenden Hochschulen der Schweiz,
- das duale Berufsbildungssystem,
- die enge Vernetzung des Landes mit ihren wichtigsten Absatzmärkten sowie
- der liberale Arbeitsmarkt.

An dieser Erfolgsformel darf nicht gerüttelt werden.

Gleichzeitig wird die digitale Transformation Veränderungen mit sich bringen, welche die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit unseres Landes auf den Prüfstand stellen. Will die Schweiz weiterhin punkto Wettbewerbsfähigkeit und hinsichtlich Innovation, Bildungsstand und Kaufkraft an der weltweiten Spitze bleiben, muss sie sich

¹ Zurzeit belegt die Schweiz im World Digital Competitiveness Ranking 2018 des IMD den fünften Rang. Dabei weist die Schweiz eine starke Wissensbasis (Rang 6) aus, wird aber als weniger zukunftsfähig betrachtet (Rang 10)

diesen Herausforderungen stellen. Es gilt deshalb, das bestehende Fundament zu erhalten und mit gezielten Massnahmen weiter zu stärken.

Unser Ziel ist, dass die Schweiz in Europa der beste Standort für Digitalisierung und «Industrie 4.0» ist, sowie weltweit zu den drei führenden Standorten¹ gehört. Dazu führen fünf politische Bausteine für eine erfolgreiche Industrie 4.0 in der Schweiz:

2 Die fünf politischen Bausteine für eine erfolgreiche Industrie 4.0 in der Schweiz

2.1 Den digitalen Raum sichern – Regulierung auf das Nötigste beschränken

Die Digitalisierung ist ein ergebnisoffener Prozess, der dem Markt überlassen werden muss. Die Schweiz braucht für die digitalen Aktivitäten ihrer Unternehmen ein wirtschaftspolitisch herausragendes, politisch stabiles, unternehmerisch attraktives und an Offenheit orientiertes Umfeld. Dazu gehört eine äusserst zurückhaltende, an liberalen Grundsätzen orientierte Regulierung des digitalen Raumes.

Eingriffe in die Wirtschafts- und Vertragsfreiheit zur Strukturhaltung und zum «Schutz» vor digitalen Geschäftsmodellen und Entwicklungen lehnt Swissmem ab. Netzsperrern ausserhalb des Strafrechts lehnt Swissmem ebenfalls ab.

Wichtig sind aber die Rahmenbedingungen, die eine weltweit führende ICT-Infrastruktur ermöglichen (insbesondere Rahmenbedingungen für den Aufbau der 5G-Datenkommunikation). Offene Fragen im Bereich der Datenpolitik müssen zudem geklärt werden, um die Rechtssicherheit für Investitionen zu erhöhen.

Neben der Wirtschaft in der privaten Domäne hat auch der Staat eine hoheitliche Aufgabe in den Bereichen Cyber-Sicherheit und Abwehr von Cyber-Kriminalität. Die dahingehenden Investitionen des Bundes müssen erhöht werden, um nicht zuletzt die Schweizer Industrie und ihr geistiges Eigentum zu schützen. Swissmem unterstützt deshalb die Schaffung eines Kompetenzzentrums zur Abwehr von Cyber-Kriminalität.

2.2 Die Spitzenstellung der Schweiz in Bildung, Forschung und Innovation stärken

Die Schweiz muss in Bildung, Forschung und Innovation noch konsequenter eine weltweite Spitzenposition anstreben und erreichen. Dazu müssen die eidgenössisch technischen Hochschulen sowie weitere Forschungsinstitutionen mit adäquaten Mitteln ausgestattet werden.

Die absehbaren Verteilkonflikte im Bundesbudget innerhalb der nicht-gebundenen Ausgaben müssen unbedingt zugunsten von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) gelöst werden. Das bedeutet, dass das Wachstum für den BFI-Bereich nicht aufgrund anderer politischer Begehrlichkeiten gebremst werden darf. Die duale Berufsbildung muss in ihrer Rolle gestärkt werden und flexibler auf sich verändernde Anforderungen reagieren können, damit sie auch bei der Digitalisierung in der Breite wesentlich zum Kompetenzaufbau beitragen kann.

Die Forschungskoperationen mit der Schweizer Industrie und internationalen Instrumenten/Organisationen, inklusive der Europäischen Union und forschungsintensiven Drittstaaten wie Grossbritannien, sollen weiter ausgebaut werden. Die Förderung des Bundes (Innosuisse, ehemals KTI) für marktnahe Innovationsprojekte ohne thematische Vorgabe in Zusammenarbeit mit öffentlichen Forschungsinstitutionen muss weiter gestärkt werden.

Eine darüber hinausgehende, direkte staatliche Förderung von Unternehmen, etwa durch einen Staatsfonds, lehnt Swissmem jedoch ab, da sie nicht marktgerecht sind und den Strukturwandel eher behindern als fördern.

Der Lehrplan 21 zeigt für die Volksschule den richtigen Weg auf, wie naturwissenschaftliche und technische Fächer gestärkt werden können. Die Kantone müssen sicherstellen, dass die für die Ausbildung notwendigen Kompetenzen in der Lehrerschaft vorhanden sind.

2.3 Die Arbeitsmarktfähigkeit frühzeitig und regelmässig sicherstellen

Im Bereich der Weiterbildung und der Umschulung sind innovative Modelle zu prüfen. Arbeitnehmende jeden Alters und unabhängig ihrer beruflichen Stellung müssen für neue Stellenprofile, besonders in Bezug zur Digitalisierung, frühzeitig und regelmässig fit gemacht werden können.

Die Sicherstellung der Arbeitsmarktfähigkeit ist eine gemeinsame Aufgabe von Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Bund. Neue Instrumente müssen gemeinschaftlich zwischen den Sozialpartnern (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und der öffentlichen Hand entwickelt werden, welche die kontinuierliche Erhaltung der Arbeitsmarktfähigkeit fördern.

2.4 Flexible Arbeitszeitmodelle schaffen und auf Eingriffe im Arbeitsrecht verzichten

Damit der Arbeitsmarkt in der Schweiz für die Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt gewappnet ist, müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Dabei steht die Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen und die Nutzung ihrer Vorteile für individuelles, ortsunabhängiges, familienkompatibles und gleichberechtigtes Arbeiten – wie sie heute bereits vielerorts in den Betrieben Tatsache ist – an erster Stelle.

Zudem darf das liberale Arbeitsrecht nicht weiter eingeschränkt werden. Die Sozialversicherungen der Schweiz sollten darüber hinaus so ausgestaltet werden, dass sie auch in einem vermehrt flexiblen und in der Selbständigkeit stattfindenden und gegebenenfalls weltweiten Arbeiten ihren Zweck, nämlich die soziale Absicherung, gewährleisten.

2.5 Behördenkontakte vollständig digitalisieren und wo möglich automatisieren

Die digitalen Dienstleistungen des Staates gegenüber den Unternehmen müssen rasch ausgebaut werden. Es muss auf das Ziel hingearbeitet werden, dass sämtliche Behördenkontakte digital abgewickelt und, wo möglich, automatisiert werden können. Die diesbezüglichen Anstrengungen sind prioritär zu behandeln und zu intensivieren, damit die Schweiz ihr E-Government als Standortvorteil gegenüber der weltweiten Konkurrenz einbringen kann.

Weitere Auskünfte bei Swissmem erteilt:

– Robert Rudolph, Bereichsleiter Digitalisierung und Innovation, Tel. +41 44 384 48 44, r.rudolph@swissmem.ch